



AUFGEFALLEN

Von Klaus-Dieter Pfaff

Telefon: 0 42 98 / 27 04 90 05 E-Mail:
klaus-dieter.pfaff@btg.info

Was gehört eigentlich zur Entwicklung ländlicher Gebiete? Was ist unter dem Stichwort Infrastrukturverbesserung zu verstehen? Und: Welche Verkehrsprojekte und touristische Vorhaben in Niedersachsen sind so wichtig, dass sie in den Genuss des außerordentlichen Brüsseler Geldsegens kommen könnten? Diese für viele Kommunen interessanten Fragen haben in dieser Woche erneut an Aktualität gewonnen. Schließlich hatte Ministerpräsident Christian Wulff am Mittwoch zusätzliche Mittel der Europäischen Union – immerhin 2,2 Milliarden Euro – für seinen Flächenstaat in Aussicht gestellt. Dass er damit den Mandatsträgern in den finanzschwachen Gemeinden und Städten seines Landes den Mund wässrig gemacht hat, versteht sich von selbst.

Das dürfte auch im gesamten Landkreis Osterholz nicht anders sein. Schon vor Wochen wurde hier mehr oder weniger laut über die Chance nachgedacht, als Teil der Region Lüneburg zum Ziel-1-Fördergebiet gehören zu dürfen. Damit, so ist man sich in Politik und Verwaltung einig, können Strukturverbesserungen angepackt werden, die man sich ohne diesen „warmen Regen“ nicht leisten kann.

Die CDU-Kreistagsfraktion hat dazu schon ganz detaillierte Vorstellungen und hat in ihrem Antrag an den Kreistag „drei Leuchttürme“ (Kultur, Wirtschaft und Verkehr) genannt: Einen Master-Plan „Kultur und Tourismus“ für Worpswede; das über-

regionale Breitbandprojekt sowie die beiden Verkehrsprojekte A 22 und den Ausbau der Linie 4 (!) von Bremen nach Niedersachsen – genauer gesagt von Borgfeld bis zum Falkenberger Kreuz.

Die Unions-Initiative auf Kreisebene wird auch im Lilienthaler Rathaus auf breite Zustimmung stoßen, denn Politik und Verwaltung dürfte erst vor wenigen Tagen der Schrecken ganz gehörig in die Glieder gefahren sein, als sie von den Kürzungsabsichten der Bundesregierung hinsichtlich der Regionalisierungsmittel (RGM) erfahren haben. Und diese Sorge ist wohl auch berechtigt, denn ohne diese bisher sehr ergiebige sprudelnde Finanzquelle dürfte sich die Realisierung der Linie-4-Planung sehr viel schwieriger gestalten. Da käme die Berücksichtigung Lilienthals im Ziel-1-Fördergebiet just zur rechten Zeit. Schließlich ist der Schienenanschluss politisch gewollt. Das wurde mit dem jüngsten Ratsbeschluss noch einmal nachdrücklich dokumentiert.

Nun stellt sich allerdings die Frage, ob man das länderübergreifende Straßenbahnprojekt denn tatsächlich als Verbesserung der Infrastruktur anerkennen wird, wenn es um die Entscheidung über die Verteilung der EU-Mittel geht? Zumindest gibt es hierüber zurzeit unterschiedliche Auffassungen, die allerdings momentan in das Reich der Spekulationen gehören. Denn zum einen wird es frühestens im Juni dieses Jahres definitiv feststehen, ob der Bund die Regionalisierungsmittel tatsächlich streichen wird, und zum anderen müssen die Vergaberichtlinien für die EU-Gelder wohl noch klarer definiert werden. Also ist bisher noch alles offen.

Dennoch sollte man jetzt keinesfalls die Hände in den Schoß legen. Ich denke,

dass man umgehend in die Verhandlungen mit der Landesregierung in Hannover eintreten sollte, denn es gilt möglichst schnell klare Verhältnisse zu schaffen. Hier sollte man nicht eine mögliche Einladung abwarten, sondern selbst die Initiative ergreifen. Dass man bestimmte Dinge nicht einfach aussitzen kann, ohne dass die Gemeinde langfristig Schaden nimmt, dürften die Lilienthaler Entscheidungsträger aus eigener Erfahrung wissen.

Zumindest sollten sie das eigentlich, denn hier wurden in der Vergangenheit besonders auf dem Planungssektor einige Chancen vertan. Statt zu entscheiden, erging man sich nur allzu gern und immer wieder in kontroversen Debatten, und wenn man sich dann endlich geeinigt hatte, hatten sich die gesetzlichen und finanziellen Voraussetzungen maßgeblich geändert.

Nur ein Beispiel: Als sich Lilienthals Mandatsträger vor vielen Jahren hinsichtlich einer damals geplanten weiträumigen Umgehungsstraße nach einem endlosen Hickhack auf eine Trasse geeinigt hatten, wollte das Land ein solches Projekt nicht mehr finanzieren. Die Folge: Man musste mit der Planung einer ortsnahen Entlastungsstraße in eigener Regie beginnen. Ein Projekt, das der Gemeinde die Grenzen ihrer Belastbarkeit aufzeigte und mit dem sie immer noch erhebliche Probleme hat.

Eines macht die jetzt beginnende Diskussion um mögliche Zuschüsse aus dem EU-Topf einmal mehr deutlich: Wer in den Genuss plötzlich frei werdender Mittel oder zusätzlicher Programme kommen will, muss schnell reagieren und möglichst fertige Pläne in der Schublade haben, denn die Konkurrenz ist groß.